

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

In Vertheilung durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dorotheastr. Nr. 8) und Dresden (bei C. Härtel, Neustadt, an der Brücke, Nr. 2.)

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr. 1

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal und wird vertheilt in Leipzig Mittw. 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Mittw. 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; für ein Jahr 5 Thlr. 1 Ngr.

## Imperialistische Anfänge in Frankreich.

Schneher fast als man erwarten dürfte entwickeln sich die Dinge in Frankreich in der von uns vorausgesagten Richtung. Ludwig Bonaparte beschämt seinen Oheim an Baschheit des Vorangehens. Er überspringt das Consulat und fängt mit dem Kaiserthum an. Seine neuesten Anordnungen lassen an dieser Absicht kaum mehr zweifeln. Die Verlegung seiner Residenz aus der von der Republik ihm angewiesenen Wohnung in das alte Königschloß der Tuilerien, sammt dem beschlossenen Ausbau des Louvre, die Schaustellung der Embleme persönlicher dynastischer Herrschaft bei der großen Feier am 1. Jan., der Farben des Prinzen und seines Namenszug inmitten einer goldenen Krone, während von den Emblemen der Republik nichts zu sehen war, vor allem die Wiederherstellung der kaiserlichen Adler auf den Fahnen — Alles deutet übereinstimmend und unverkennbar imperialistische Gedanken an. Ganz besonders bedeutsam ist der Wortlaut des zuletzt erwähnten Decrets. Nicht länger, heißt es darin, dürften die Nationalstandarten des berühmten Emblems beraubt bleiben, welches die französischen Soldaten zu hundert Siegen geführt habe. Darin ist die Wiederbelebung des Kaiserthums deutlich ausgesprochen und zwar des Kaiserthums in seiner provocirenden Haltung gegen das Ausland. Man weiß, zu welchen Siegen die kaiserlichen Adler die französische Armee führten; nicht nur zur Abwehr friedlicher Angriffe, wie unter der Republik, sondern zu Eroberungszügen über die Grenzen Frankreichs hinaus. Zwar versichert Ludwig Bonaparte in demselben Decret: „Ohne Mißtrauen kann die französische Republik in ihrer neuen, durch die Stimme des Volks sanctionirten Gestalt die Erinnerungen an das Kaiserreich erneuern und die an den Ruhm desselben erinnernden Symbole annehmen“; allein, wenn auch das französische Volk, wie Ludwig Bonaparte zu meinen scheint, sein Mißtrauen und seine Abneigung gegen die Wiederkehr eines bonapartistischen Kaiserthums abgelegt und dies durch die Zustimmung zu dem Acte vom 2. Dec. kundgegeben hätte, so dürfte eine um so dringendere Veranlassung zum Mißtrauen für die auswärtigen Mächte und namentlich für Deutschland vorhanden sein. Denn es wäre lächerlich, zu glauben, daß man einer Armee wie die französische, in welcher ohnehin das Andenken an die Thaten des Kaiserreichs noch so lebendig ist, die Symbole jener glorreichen Zeit, die Embleme, welche die Soldaten zu hundert Siegen führten, wieder zurückgeben und dennoch fern sein könnte von dem Gedanken, die Armee zu neuen Kriegsthaten und Siegen auszusenden.

Wohin Ludwig Bonaparte seine kaiserlichen Adler werde fliegen lassen, darüber sind zur Zeit nur Vermuthungen möglich. Unter allen Umständen erscheint Deutschland mit in erster Reihe von diesen napoleonischen Gelüsten bedroht. Mit Recht rufen daher die Neue Preussische Zeitung und die Wehrzeitung der preussischen Regierung ein „Habt Acht!“ zu. Auch das Correspondenz-Bureau, das für dem Ministerium nahestehend gilt, drückt seine Bedenken über die imperialistischen Tendenzen Bonaparte's aus. Dagegen dient die Befürchtung einer Kriegsfahrt für Deutschland dem österreichischen Wandlerer nur als Anlaß, um die Nothwendigkeit darzulegen, daß Oesterreich, welches in solchem Falle mit seiner Macht Deutschland schützen werde, dafür auch einen sicherern Rang und Einfluß in Deutschland einnehme als den eines formellen Präsidiums am Bundestage. Die Neue Münchener Zeitung aber, das Organ der dortigen Regierung, beginnt das neue Jahr mit Lobpreisungen auf Ludwig Napoleon und tadelt die augsbürger Allgemeine Zeitung wegen ihrer entgegengesetzten Auffassung der französischen Verhältnisse. Wir begnügen uns für heute, auf die verschiedenen Auffassungen des im Westen wieder emporsteigenden Imperialismus hinzuweisen. Vielleicht nehmen wir später ein mal Gelegenheit, die Bedeutung derselben etwas näher in Betracht zu ziehen.

## Deutschland.

**Berlin, 6. Jan.** Die Schleswig-holsteinische Angelegenheit, welche die Quelle so vieler Verwirrungen gewesen, scheint endlich einer definitiven Lösung entgegengehen zu wollen. Die Unterhandlungen, welche von dem dänischen außerordentlichen Gesandten Grafen v. Wille hier, später in Wien und dann wieder hier in Berlin geführt wurden, haben nämlich insofern ein glückliches Resultat gehabt, als infolge derselben die in der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit liegenden Hauptschwierigkeiten als gehoben betrachtet werden dürfen. Die Hamburger Nachrichten haben hieüber bereits einige Andeutungen gegeben, die jedoch in mancher Beziehung ungenau und unvollständig sind, und deshalb der Ergänzung bedürfen. Die politische Nothwendigkeit, daß die dänische Gesamtmonarchie in ihrem jetzigen Bestande erhalten werden müsse, wurde von deutscher Seite anerkannt, dabei aber zwischen dieser Nothwendigkeit und den innern Institutionen und Gerechtsamen der Herzogthümer Schleswig und Holstein wohl unterschieden. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde von deutscher Seite den Bestrebun-

gen der dänischen Demokratie gegenüber verlangt: daß die frühern Provinzialstände der beiden Herzogthümer beibehalten, resp. einberufen werden müßten; daß das Herzogthum Schleswig weder jetzt noch später in Dänemark incorporirt werden dürfe, und daß deshalb in dem zu treffenden Schlußarrangement jede Clausele, durch welche die Incorporirung Schleswigs in Dänemark für eine spätere Zeit dennoch möglich gemacht werden könnte, entfernt werden müsse; ferner daß einzelne Punkte, die den beiden Herzogthümern bisher gemeinschaftlich waren, denselben gemeinschaftlich verbleiben sollen, wie der nexus socialis der Schleswig-holsteinischen Ritterschaft, einzelne provinzielle Institutionen u. s.; ferner gehört dahin die Entfernung der Hemmnisse im Handel und Verkehr, die durch die Verlegung der Zollgrenze bis zur Eider entstanden; endlich daß jedes der beiden Herzogthümer, Holstein sowohl als auch Schleswig, seine besondern Minister erhalten soll, die mit dem dänischen Reichstage in keiner Verbindung, überhaupt von demselben gänzlich unabhängig und nur dem Könige von Dänemark verantwortlich sein sollen. Es wurde in dieser Beziehung noch besonders gewünscht, daß bei der Ernennung der Minister für Holstein und Schleswig nur solche Personen berücksichtigt werden möchten, deren politischer Standpunkt eine hinlängliche Gewähr dafür biete, daß die erwähnten Forderungen in keinem zweideutigen Sinne ausgeführt würden. Diese Punkte waren die Schlußforderungen, die von deutscher Seite gestellt wurden, und der Graf v. Wille ist, unter Vorbehalt der Zustimmung von Seiten der dänischen Regierung, auf dieselben eingegangen. Der Graf Wille ist nach Kopenhagen zurückgekehrt, und die betreffende Entschließung der dänischen Regierung möchte darum schon recht bald zu erwarten sein. Daß man in Kopenhagen dem getroffenen Arrangement die Zustimmung nicht versagen werde, darf um so eher erwartet werden, als ein baldiger Abschluß der Angelegenheit nur im Vortheil Dänemarks liegen kann, und man in Kopenhagen auch sehr gut weiß, daß Oesterreich und Preußen darüber ganz einig sind, daß von den gestellten Forderungen nicht abgegangen werden dürfe. Sobald nun die Genehmigung und Ratification des getroffenen Arrangements, die Einberufung der Provinzialstände Holsteins und Schleswigs und die Ernennung der besondern Minister für die beiden Herzogthümer unter den bemerkten Bedingungen erfolgt ist, werden die deutschen Truppen aus Holstein wieder zurückkehren. — Die heutige Spener'sche Zeitung enthält eine Notiz, nach welcher Preußen unterm 2. Jan. eine Circulardepesche an sämtliche Zollvereinsregierungen gesendet habe, des Inhalts, daß Preußen jede Zollvereinsregierung, die auf dem gegenwärtig in Wien versammelten Zollcongresse einem Beschlusse beitrete, als aus dem Zollvereine ausgeschieden betrachte. Die ganze Notiz ist, wie ich aus zuverlässiger Quelle melden kann, von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen.

**Sondershausen, 5. Jan.** Der letzte Märzminister hat seinen Abschied erhalten. Schon seit geraumer Zeit trat die Junkerpartei unserm Geheimrath Chop offen und ungeheim entgegen. Sie begründete mit schweren Opfern im Geiste der Kreuzzeitung eine Zeitschrift, den „Boten aus Greußen“, um die Ehre der jetzigen Regierung und das Vertrauen zu ihr durch schonungslose, vollkommen unbegründete Angriffe zu untergraben. Mit besonderer Erbitterung trat sie aber gegen den Geheimrath Chop auf. Sie verzieh es ihm nicht, daß er unsere neuen freisinnigen Einrichtungen nicht nur geschaffen hatte, sondern auch mit ausdauernder Treue bewachte und bewahrte. In ihren Augen war es eine schwere Schuld, daß er die Gleichheit der Stände vor dem Gesetze rückwärts durchführte, daß er die ungerechten Bevorzugungen des Adels und der Reichen beseitigte, namentlich aber daß er sie zur Besteuerung heranzog und mit besonderer Liebe an Bürger und Bauer hing. An ihrer Spitze standen und stehen noch sein Vorgänger im Dienste, der Geheimrath v. Holleuffer, und der hiesige zweite Bürgermeister Münch. Jener Partei schlossen sich seine sonstigen persönlichen Gegner an. Bei ihrer dienstlichen Stellung und bei der Apathie der Wähler war es leicht, sie sowohl als jene beiden Häupter der Junkerpartei in die Versammlung der Abgeordneten zu bringen. In derselben bildeten sie mit einem paar nicht zu politischen Größen gehörigen Männern eine zwar kleine Majorität, aber doch einen festen Bund. Daraus erklärt es sich, daß die Versammlung nicht darauf einging, die Wahl des Bürgermeisters Münch auch nur so lange zu beanstanden, bis sie sich aus dem Acten überzeugt haben werde, ob die Unterfückung wegen einer betrügerischen Handlung, die ihm vorgeworfen wird, bereits so weit vorgeschritten sei, daß er bis zu ihrem Ausgange nicht mehr die politischen Rechte ausüben dürfe. Daraus erklärt sich ferner, daß sie den Geheimrath v. Holleuffer zuließ, obschon klar nachgewiesen wurde, daß er nicht mehr hiesiger Staatsangehöriger sei: denn er hat nicht nur darüber, daß er seit seiner Entlassung aus dem hiesigen Dienste wieder in Preußen aufgenommen worden ist, ein Naturalisationspatent beigebracht, er ist nicht nur seitdem in preussische Staatsdienste